

## Ein Haushalt für „Europe 2020“

# Mehr Mut zur Veränderung!

**Am 29. Juni 2011 hat die EU-Kommission ihre Vorschläge für den mehrjährigen Finanzrahmen 2014 bis 2020 präsentiert.** Positiv ist, dass die EU-Kommission die Einführung einer Finanztransaktionssteuer plant, allerdings erst ab 2018. Auf der Ausgabenseite ist die Kommission mutlos, es soll keine wesentlichen Änderungen geben, damit prägt das Agrarbudget mit fast 40% noch immer den EU-Haushalt. Zuwenig Geld wird es weiterhin zur Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut geben.

Christa Schlager

Der Kommissionsvorschlag sieht für den Zeitraum 2014-2020 1.025 Mrd. Euro (für Verpflichtungen) vor. Dieser Ausgabenrahmen legt die Obergrenzen der Ausgaben mit durchschnittlich 1,05% des Bruttonationaleinkommen (BNE) der Mitgliedstaaten für die genannten Jahre fest. Das Budget liegt damit unter dem derzeit gültigen Finanzrahmen, der im Schnitt 1,12% beträgt. Allerdings sehen die Vorschläge eine Reihe neuer Finanzierungen außerhalb des Haushalts vor, die sich insgesamt auf 58 Mrd. Euro belaufen, gesamt würde der Haushalt dann auf 1,11% des BNE ansteigen. Doch mit dem Kommissionsvorschlag beginnen erst die Finanzverhandlungen. Sowohl die Mitgliedstaaten als auch das EU-Parlament müssen noch zustimmen. Der Abschluss der Verhandlungen wird frühestens für Ende 2012 erwartet. Die Nettozahlstaaten pochen auf Kürzungen der Mittel. Allen voran das europaskeptische Großbritannien. Gemeinsam mit Deutschland, Finnland, Frankreich, Italien, Schweden, den Niederlanden und auch Österreich haben sie ihre ablehnende Haltung bereits kundgetan. Das EU-Parlament fordert hingegen eine fünfprozentige Erhöhung des Finanzrahmens gegenüber 2013. Beiden wird nun scheinbar Rechnung getragen. Die außerbudgetären Finanzierungen bedeuten eine Erhöhung der Mittel, die Kürzung des Finanz-

rahmens ist ein Zugeständnis an die Mitgliedstaaten. Ob sich dieser versuchte Spagat der Kommission auszahlen wird, ist derzeit noch offen. Zufrieden ist damit derzeit niemand, schafft diese Darstellungsweise doch Verwirrung ob ihrer obskuren Logik.

**Die Bereiche Beschäftigung, Soziales und Armutsbekämpfung sind deutlich unterdotiert. Der Europäische Sozialfonds bedarf zumindest einer Verdoppelung der Mittel.**

Auch aus der Sicht der ArbeitnehmerInnen ist der Vorschlag enttäuschend. Die Kommission hat angekündigt, dass der neue mehrjährige Finanzrahmen ganz im Zeichen der Umsetzung der EU-2020-Ziele stehen soll. Zwar ist in den Kommissionsvorschlägen der Versuch einer Fokussierung auf die Wachstums- und Beschäftigungsstrategie Europa 2020 auszumachen, doch gelingt es der Europäischen Kommission nicht, diese Strategie im mehrjährigen Finanzrahmen auch tatsächlich umzusetzen. Die wichtigsten Kritikpunkte sind:

1. Die unvermindert hohen finanziellen Mittel für den Agrarsektor (insgesamt 383 Mrd. Euro, im Durchschnitt 37% des Budgets) lassen keine grundlegende Reform des Haushalts zu. Hier wird weder dem starken Rückgang der Anzahl der Agrarbetriebe bzw. der landwirtschaftlichen Beschäftigten noch den steigenden Agrarpreisen Rechnung getragen. Eine Reform, die sich tatsächlich an den EU-2020-Zielen orientiert und nicht vom Status quo ausgeht, ist unerlässlich! Zudem wird versucht, die geringen Einsparungen im Agrarbudget durch Verlagerungen von Aufgaben in Töpfe der ArbeitnehmerInnen wieder auszugleichen. Diese Pläne der Europäischen Kommission sind abzulehnen!
2. Die Bereiche Beschäftigung, Soziales und Armutsbekämpfung sind im Verhältnis dazu deutlich unterdotiert. Für den Europäischen Sozialfonds (ESF) sind lediglich 84 Mrd. Euro beziehungsweise 8% der EU-Budgetmittel vorgesehen. Obwohl es in der EU-27 23 Millionen Menschen ohne Beschäftigung gibt, um 7 Millionen mehr als vor der Krise, wird dieses zentrale Problem nicht entsprechend angegangen. Es ist mit dem geplanten mehrjährigen Finanzrahmen sicherlich nicht >>